

Medienevent vom 9. Oktober 2024

## **Wirtschaftliche Situation ist bereits heute auf vielen Betrieben prekär**

*Referat von Anne Challandes, Präsidentin Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband  
(es gilt das gesprochene Wort)*

Es stimmt mich als Bäuerin betrübt, dass sich die Mitglieder der Finanzkommissionen in den nächsten Wochen mit einem Budget befassen müssen, das im Bereich der Landwirtschaft Kürzungen vorsieht. Denn erst im März dieses Jahres kam der Bericht zum Postulat Bulliard-Marbach zur Einkommenssituation der einheimischen Bauernbetriebe heraus. Dieser zeigt unmissverständlich, dass die finanzielle Lage vieler Bauernfamilien äusserst schlecht ist. Der durchschnittliche Verdienst der Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter liegt bei gerade einmal 17 Franken pro Stunde. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist somit unbedingt nötig, um in der Landwirtschaft sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig zu sein. Die Ausgaben des Bundes für die Landwirtschaft – und ganz besonders die Direktzahlungen – stellen für uns Bauernfamilien eine unentbehrliche wirtschaftliche Stütze dar und entschädigen Leistungen, die wir in der Schweiz zusätzlich erbringen. Wird bei den Direktzahlungen wie angekündigt über 40 Mio. Franken gespart, wirkt sich dies 1:1 auf die Einkommen der Bauernfamilien aus.

Diese Kürzung verstösst gegen den Verfassungsauftrag und gegen Artikel 5 im Landwirtschaftsgesetz. Letzterer besagt, dass es für nachhaltig wirtschaftende und ökonomisch leistungsfähige Betriebe möglich sein muss, ein Einkommen zu erzielen, das mit dem in anderen ähnlichen Branchen vergleichbar ist. Bei der letzten Erhebung der landwirtschaftlichen Einkommen verdiente eine voll auf dem Betrieb arbeitende Familienarbeitskraft 56'100 Franken pro Jahr. Im Berggebiet war es sogar noch weniger. Dieser Wert liegt deutlich unter dem vergleichbaren Einkommen!

Wenn sich die wirtschaftliche Situation auf den Betrieben verschlechtert, dann verschlechtert sich automatisch auch die soziale Situation. Wenn die Landwirtinnen und Landwirte selbst nur ein geringes Einkommen erzielen, können sie auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht angemessen entlohnen – egal ob es sich um Familienangehörige oder externe Arbeitskräfte handelt. Die soziale Absicherung, insbesondere für Bäuerinnen, leidet unter diesen Umständen erheblich. Und auf vielen Familienbetrieben liegt es oft nicht einmal drin, ein paar Tage Ferien pro Jahr zu nehmen. Dies, weil man sich diese und die dafür nötige Ferienvertretung nicht leisten kann. Unterdessen müssen viele einem ausserlandwirtschaftlichen Zuerwerb nachgehen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Da bleibt auch keine Zeit für Freizeit oder Ferien.

Die Herausforderungen in unserem Beruf sind uns bewusst. Doch im Minimum sollten wir uns auf die zugesagten Entschädigungen verlassen können. Nicht zuletzt, weil der Anteil der Landwirtschaft an den Bundesausgaben stetig abnimmt, was diese Darstellung hier sehr klar zeigt. Wir tragen also keine Schuld daran, dass die Bundesfinanzen aus dem Lot sind und sollen auch nicht dafür büssen müssen.